



Medienmitteilung

Zürich, 27. August 2020

Knappe Ablehnung der kantonalen Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle»

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) hat sich mit 8:7 Stimmen gegen die von der CVP lancierten Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle» ausgesprochen (5585). Sie folgt damit dem Antrag des Regierungsrates. Mit der Initiative wird gefordert, dass sich die Prämienverbilligungen durch einen höheren Kantonsanteil vergrössern sollen.

Die knappe Mehrheit der Kommission sieht den Ansatz der Initiative nicht als Lösung, um aus der Prämienfalle herauszukommen. Vielmehr müsse beim Prämienanstieg angeknüpft werden und eine gesamtheitliche Betrachtung erfolgen. Die Kommission ist der Ansicht, dass das Instrument der Prämienverbilligung das Problem verschiebt und nicht löst.

Die Minderheit sieht in der Argumentation der Mehrheit eine Vermischung der Themen Gesundheitskosten und Prämienlast. Sie kritisiert, dass die Prämienlast bei niederen Einkommensgruppen überproportional steigt und verlangt für diese Einkommensgruppen eine stärkere Entlastung aus allgemeinen Steuermitteln. Im Vergleich mit anderen Ländern sei dieser Anteil in der Schweiz relativ tief. Für eine Diskussion zur Kostenreduzierung im Gesundheitssystem ist die Minderheit laut eigenen Angaben offen.

Kantonaler Beitrag soll erhöht werden

Mit der Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle» wird eine Anpassung des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz vom 29. April 2019 gefordert. Dieses regelt unter anderem die Finanzierung der Prämienverbilligungen. Diese werden gespeist durch einen Bundesbeitrag und durch einen Kantonsbeitrag, der als Prozentsatz des Bundesbeitrags definiert ist. Das geltende Recht schreibt vor, dass der Kantonsbeitrag mindestens 80 Prozent des Bundesbeitrags ausmacht.

Die Volksinitiative möchte den Kantonsbeitrag auf mindestens 100 Prozent des Bundesbeitrags erhöhen. Für das Jahr 2020 beträgt der Kantonsanteil 92 Prozent des mutmasslichen Bundesbeitrages und für die kommenden Jahre ist mit einem ähnlich hohen Kantonsbeitrag zu rechnen. Die geforderte Erhöhung würde den Staatshaushalt mit Mehrkosten von rund 16 Millionen Franken (gegenüber einem Kantonsanteil von 92 Prozent) respektive 40 Millionen Franken (gegenüber einem Kantonsanteil von 80 Prozent) pro Jahr belasten.

Kontakt:

KSSG-Präsident: Benjamin Fischer (SVP, Volketswil), 079 394 13 37

Minderheit: Lorenz Schmid (CVP, Männedorf), 079 923 13 10